Abdeckung Kalirückstandshalde Wathlingen

Stellungnahme der Stadt Burgdorf – vorläufige Fassung -

Das Verkehrskonzept des Planfeststellungsantrags zur Abdeckung der Kalirückstandshalde in Wathlingen sieht zur Sicherung der geplanten Verkehrsführung lediglich eine entsprechende Beschilderung auf den vorgesehenen Routen vor. Die Stadt Burgdorf bezweifelt, dass diese vorgesehenen Maßnahmen ausreichend sind. Vielmehr steht zu befürchten, dass die entsprechende Beschilderung ignoriert wird und in der Folge die in der Grafik auf S. 15 des Verkehrsgutachtens (Unterlage F-6 des Planfeststellungsantrags) beschriebene Verkehrssituation eintritt. Dies würde eine 6-fach höhere LKW-Belastung in den Burgdorfer Ortsteilen Sorgensen und Dachmissen verursachen, als bislang zu erwarten wäre (anstelle je 5 Lkw-Hin- und -rückfahrten dann je 30 Lkw-Hin- und -rückfahrten täglich).

Die möglichen Auswirkungen einer solchen befürchteten Lkw-Belastung lassen sich in ihren Folgen hinsichtlich einer zusätzlichen Lärmbelastung für die Anwohner in den Ortsdurchfahrten derzeit lediglich abschätzen, da entsprechende Auswirkungen im Schallgutachten des Planfeststellungsantrags ausführlich nur für den Uetzer Ortsteil Hänigsen, aber nicht für Sorgensen und Dachmissen näher beleuchtet wurden. Zieht man die Ausführungen zu Hänigsen (vgl. Unterlage F-4.1 des Planfeststellungsantrags auf S.12) hilfsweise heran und überträgt sie angepasst auf die Burgdorfer Ortsteile Sorgensen und Dachmissen, befürchtet die Stadt Burgdorf folgende Auswirkungen:

Wie in Hänigsen würden die Grenzwerte der 16. BImSchV auch in Sorgensen und Dachmissen möglicherweise entweder erstmals erreicht, oder schlimmstenfalls würde eine bereits bestehende Überschreitung zusätzlich erhöht. Dies löst – wie im Schallgutachten des Planfeststellungsantrags ausgeführt – zwar keine Verpflichtung von organisatorischen Lärminderungsmaßnahmen aus. Gerade deswegen aber (weil die erhöhte Lärmbelastung keinen ausgleichenden Schutzanspruch auslöst) fordert die Stadt Burgdorf, dass dieser Umstand in der Abwägung der einzelnen Belange besondere Berücksichtigung findet. Erschwerend kommt hinzu, dass selbst bei Einhaltung der Grenzwerte nach 16. BImSchV, besonders aber bei einer Überschreitung (ob nun erstmals aufgrund der Maßnahme oder bei einer zusätzlichen Erhöhung einer bereits bestehenden Überschreitung) der Stadt Burgdorf künftig die Erstellung von Bebauungsplänen im Bereich der Ortsdurchfahrten in den kommenden 16 bis 25 Jahren erschwert würde bzw. entsprechende Planungen verhindert würden. Denn im Zuge von Baugebietsausweisungen sind von der Stadt Burgdorf nicht die Grenzwerte der 16. BImSchV, sondern die niedrigeren Orientierungswerte der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ zu berücksichtigen.

Eine deutlich erhöhte LKW-Belastung in den Ortsdurchfahrten würde also gravierend negative Auswirkungen hinsichtlich der kommunalen Planungshoheit für einen sehr langen Zeitraum verursachen.

Auch Belastungen durch Erschütterungen sowie Abgase und Feinstaub müssen aus Sicht der Stadt Burgdorf ein stärkeres Gewicht in der Abwägung bekommen. Von daher sind auf Kosten des Antragsstellers Beweissicherungsverfahren hinsichtlich möglicher Gebäudeschäden aufgrund von Erschütterungen durchzuführen.

Die Stadt Burgdorf ist zudem der Auffassung, dass die vorgenommene Prüfung von Alternativen zur Verkehrsführung zu oberflächlich verlaufen ist. Insbesondere bei den Varianten, die zumindest auf den ersten Blick eine Entlastung hinsichtlich der Auswirkungen auf das Schutzgut „Mensch“ erwarten lassen, bleibt das Verkehrsgutachten auf den Seiten 24 und 25 zu den einzelnen Verkehrsführungsalternativen zu vage mit dem Hinweis, dass einzelne Sachverhalte nicht beurteilt werden könnten oder noch näher zu beleuch-

ten oder abzustimmen wären. Die Stadt Burgdorf erhebt daher die Forderung, insbesondere die Varianten mit hohem Entlastungspotential für die Bevölkerung intensiver zu prüfen.

Die Stadt Burgdorf stellt insgesamt fest, dass die vorliegende Planung sowie der vorliegende Umweltbericht die Belange des Schutzgutes „Mensch“ nur unzureichend bzw. einzelne Belange (vermehrte Feinstaub- und Abgasbelastung in den Ortsdurchfahrten) gar nicht berücksichtigen.

Demzufolge ergeben sich aus Sicht der Stadt Burgdorf folgende Forderungen:

1. Die im Rahmen der Verkehrsuntersuchung behandelten und bereits verworfenen Alternativen zur Verkehrsführung sind erneut und vertieft zu untersuchen. Ggf. sind weitere Alternativen zu entwickeln und zu bewerten. Bei der Bewertung ist das Schutzgut „Mensch“ stärker zu gewichten. Insbesondere stimmt die Stadt Burgdorf der bislang (lediglich) neutralen Bewertung des Kriteriums „Entlastung Wohnbevölkerung“ (vgl. Bewertungsmatrix des Verkehrsgutachtens S.27) bei der derzeitigen vom Gutachter vorgeschlagenen Vorzugsvariante nicht zu; eine negative Bewertung wäre korrekt.
2. Die bislang vorgesehenen Maßnahmen zur Verkehrsführung sind unzureichend. Zusätzlich zur vorgesehenen Beschilderung sind über die Verträge mit den zu beauftragenden Fuhrunternehmen in Verbindung mit entsprechenden Kontrollen Sanktionen bei Nicht-Einhaltung der vorgesehenen Verkehrsführung vorzusehen. Hierbei kann es sich um Vertragsstrafen für die Unternehmen bis hin zu Baustellenverboten für diejenigen Fahrer handeln, die von der vorgesehenen Verkehrsführung abweichen.
3. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass auch im Falle eines 2-Schicht-Betriebs (vgl. Unterlage A der Planfeststellungsanlagen) keine Fahrten vor 6.00 Uhr und nach 22.00 Uhr erfolgen.